

Es brodelt in der Schullandschaft

Schulen protestieren gegen Missstände

Neben vielfältigen Bekundungen von Missständen rollt gerade eine Resolutionswelle an das Schulministerium aus ganzen Kollegien durch das Land. Ein Überblick von

AUTOR*

Nach uns vorliegenden Zahlen haben vollständige Kollegien von ca. 40 Schulen (mehrheitlich Gesamt- und Sekundarschulen) ein Resolutionsschreiben an das Ministerium geschickt, weitere 15 Schulen arbeiten ein solches Schreiben gerade aus und vermutlich haben weitere Schulen ein ähnliches Schreiben versandt, ohne dass wir davon Kenntnis haben.

Und

Zusätzlich hierzu haben mindestens vier Personalversammlungen unterschiedlicher Schulformen und aus verschiedenen Regierungsbezirken ein Resolutionsschreiben als Personalvertretung auf den Weg gebracht. In der Folge hat es Gespräche des Hauptpersonalrates Gesamtschule mit dem Ministerium gegeben und eine Kleine Anfrage im Landtag durch die Abgeordnete von Bündnis90/Die Grünen Sigrid Beer (Kleine Anfrage 2230).

Gemeinsame Aspekte der verschiedenen Resolutions-schreiben: Die Ebene der Ressourcen

Im Themenfeld der **Inklusion** wird u.a. das Fehlen sonderpädagogischer Fachkräfte dargelegt, ebenso die (nach dem deutlichen Rückgang der AOSF-Verfahren in den Grundschulen) gestiegene Anzahl der Kinder mit „heimlichem“ sonderpädagogischen Förderbedarf, die massiv gewachsene Heterogenität der Lerngruppen bei fehlender sonderpädagogischer Ausbildung der Regellehrkräfte und ihr Alleingelassen werden, fehlende Kontinuität, fehlende Planungs- und Absprache- Ressourcen und im Ergebnis schließlich eine permanente Überlastungssituation der Lehrkräfte. Ähnlich wird die nicht zu bewältigende Situation in vielen Bereichen der **Integrations-**aufgaben u.a. von Kindern mit Migrationshintergrund der Schulen beschrieben. Es wird bemängelt, dass die **Arbeitsbelastung** gestiegen sei.

Beispielsweise wird hier angeführt, dass bei immer schwierigerer Schülerschaft (mehr Erziehungsarbeit, mehr individuelle Förderung) die Anzahl der Pflichtstunden in den letzten zwanzig Jahren in vielen Bereichen erhöht worden ist. Zudem wird dargelegt, dass in den letzten Jahren zahlreiche neue Aufgaben für Lehrer*innen hinzu gekommen sind, z.B. mehr Dokumentationspflichten, das Verfassen von Schulprogrammen und diversen Konzepten, Lernstandserhebungen mit Auswertung und Maßnahmenentwicklung, verpflichtende Sprachprüfungen, verpflichtende Schulentwicklung auch als Folge der schulinternen Qualitätsprüfung, Entgrenzung von Arbeit durch digitale Medien (z.B. permanente gestiegene Mail- Anfragen/-Anforderungen). Zudem seien mit dem gestiegenen Umfang der Aufgaben auch die Anzahl und Dauer der Konferenzen und Infoveranstaltungen gestiegen. Ein durch die Landesregierungen der vergangenen Jahre betriebener latenter „Innovationsdruck“ bei oft fehlender Nachhaltigkeit der Maßnahmen verschärfe die Situation zunehmend.

Räumliche Ressourcen werden als mangelhaft (wenn vorhanden) oder fehlend beschrieben – fehlende Arbeits- oder sogar Sitzplätze für Lehrer*innen, fehlende



Erholungsräume, massive Lärmbelastungen, mangelhafte technische Ausstattung und nicht miteinander compatible Systeme bei technischen Neuerungen bei oftmals nicht vorhandener technischer Assistenz (Wartung und Installationen müssen von Lehrkräften nebenher erledigt werden), mangelhafte Hygiene incl. gesundheitlicher Risiken (fehlendes fließendes Wasser, fehlende Seife, herabgesetzte Wischintervalle etc.), zusammenbrechende Gebäudeteile, nicht zu öffnende/zuschließende Fenster usw.

Foto: Privat

Die Ebene grundlegender systemischer Widersprüche im Gesamtsystem

Verschiedene systemische Setzungen führten dazu, dass entgegengesetzte Anforderungen durch die einzelne Lehrkraft nicht aufzulösen seien – in diesem Sinne müssten einzelne Kolleg*innen und einzelne Schulen

scheitern und bestimmte Bildungsziele könnten zwangsläufig nicht ausreichend erreicht werden. Hier wird z.B. wie folgt argumentiert:

- Inklusion und ein grundlegend selektives, allokatives, gegliedertes Systems schlössen sich schon von ihren Grundsätzen her aus.
- Inklusion und Integration forderten zwingend Individualisierung – dies widerspreche den Tendenzen der vergangenen Jahre zu mehr Standardisierungen (z.B. landes- oder bundesweite Prüfungsformate).
- Fokussierungen auf und Höhergewichtungen von wirtschaftlich relevanten Inhalten (z.B. M/1/ NW, neues Unterrichtsfach „Wirtschaft“ etc.) führten tendenziell zu einer Abwertung z.B. gesellschaftlicher und individualentwicklungsgeschichtlicher Bildungsaspekte bei gleichzeitig immer komplexeren und schwierigeren Umständen einer modernen „Risikogesellschaft“.

Die Ministerin wird durch die Schreiben aufgefordert, die systemischen Kritiken der Resolutionen **nicht** wegzuleiten und am Ende Lösungen auf der

Ebene einzelner Individuen und Einzelschulen suchen zu lassen, sondern sich ihrer Verantwortung zu stellen und auf der durch sie zu verantwortenden Gesamtebene systemisch die beschriebenen Probleme anzugehen.

Konkret wird hier z.B. gefordert, die fehlenden Ressourcen im Bereich der Inklusion anzugehen - eine Deckelung von Versorgungsbudgets gehöre abgeschafft, da sie steigende Zahlen von Kindern mit Förderbedarfen nicht berücksichtigen könne. Regelungen, die die Eröffnung von AOSFs zur Ermittlung von Förderbedarfen einschränken und damit erschweren, gehörten ebenfalls abgeschafft, da sie mögliche und zum Teil dringend notwendige Förderzuwendungen bedürftiger Kinder verhinderten. Gefordert wird weiterhin, die Zahl der Anrechnungsstunden zu erhöhen, die Pflichtstundenzahl zu reduzieren, die Klassengrößen zu verkleinern und die Arbeitsbedingungen in Schulen zu verbessern. Ebenso gefordert wird ein Ausbau der Schulsozialarbeit sowie sinnvolle Aufgabenbeschreibungen für Sonderpädagog*innen im Regelschulsystem und selbstverständlich ausreichend tatsächlich an Schulen vorhandene Sonderpädagog*innen. Ergänzt wird dies

durch zahlreiche Forderungen nach baulichen Maßnahmen. Für berufsfremde Aufgaben (z.B. Medientechnik) wird die Einstellung von Fachkräften gefordert. All diese Maßnahmen allein könnten aber nicht greifen, wenn die beschriebenen systemischen Widersprüche nicht aufgelöst werden. Ein Angehen dieser unvereinbaren Widersprüche wird gefordert – ein sicherlich sehr schwieriger, gesamtgesellschaftlicher Prozess – aber ein unausweichlich notwendiger.

Die Reaktion des Ministeriums

Auf die ersten eingehenden Schreiben hat das Ministerium den Kollegien noch geantwortet und die Resolution zu einer „Überlastungsanzeige“ erklärt ... und um Verständnis gebeten dafür, dass „das Ministerium als oberste Landesbehörde keine objektive Einschätzung Ihrer Überlastung vornehmen kann“. Die dann eingeschalteten Bezirksregierungen haben den Kollegien mitgeteilt, dass „eine solche Überlastungsanzeige jedoch voraussetzt, dass sich eine von Überlastung betroffene Lehrkraft als Individuum bei uns meldet ...“ – also nicht als Gesamtkollegium. Die in den Resolutionen geäußerte systemische Kritik wurde zurückgespielt auf das Einzelindividuum.

Nach Resolutionsschreiben weiterer Schulen hat das Ministerium dann gar nicht mehr reagiert – und das war’s. Wie schade und fatal. Jetzt brodelt es also – und – glaubt man den Beschreibungen aus den Resolutionsschreiben - vielleicht aufgrund der vorliegenden Situationen vielerorts absolut folgerichtig und logisch. Vielleicht wäre es auch für eine übergeordnete Behörde angezeigt, im Sinne der „Sache“, in diesem Fall also der Bildung und Ausbildung unserer Kinder und der Gesunderhaltung ihrer Angestellten und am Ende auch einer demokratischen Gesellschaft, genau hinzuhören, wenn Menschen mitdenken, es mit warmen Herzen und klaren Gedanken „gut machen“ wollen, sagen, wo es hakt und wo es nicht gehen kann.

So steht zu befürchten, dass wir alle zusammen auf der einen Seite den Kindern, Eltern und uns Beschäftigten selbst, auf der anderen Seite aber auch den Ansprüchen einer modernen Demokratie und den Erfordernissen einer modernen Risikogesellschaft immer weniger gerecht werden können – in vielen Fällen bis hin zum Zusammenbruch.

* Name der Redaktion bekannt